

# Bilanz und Perspektiven der Bundeskulturpolitik

Knut Nevermann

**D**er Zauber des Anfangs. Ein neuer Kanzler, ein neues Amt, ein Kulturmensch am Kabinetttisch. Ein neues Gesicht in der Bundespolitik. Ein Repräsentant der kulturellen Interessen nach innen und außen. Sogar neues Geld: für Berlin, für die Neuen Länder, für die Gedenkstätten.

*Erste Entscheidungen:* Der neue Präsident der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* wird (endlich!) berufen. Die Debatte über das Holocaust-Mahnmal: Sie wird in den Bundestag (und seinen neuen Ausschuss für Kultur und Medien) hereingeholt, gewissermaßen entprivatisiert und – in einem schwierigen Verfahren – bereits am 25. Juni 1999 zu einem breit getragenen Ergebnis gebracht: mit einem unterirdischen Ort der Information und mit einer Widmung, die sich nicht an alle Opfergruppen wendet, sondern an die Ermordung der europäischen Juden.

Die Förderung der Sorben: sie wurde – entgegen einer bereits abgeschlossenen Vereinbarung – nicht halbiert, sondern in alter Höhe fortgesetzt.

Die anstehenden Großereignisse: die *Expo* in Hannover und die *Europäische Kulturstadt Weimar* – sie werden gezielt zusätzlich gefördert (und zu Erfolgen gebracht).

Der Masterplan für die Museumsinsel in Berlin: Er wird nicht nur akzeptiert, sondern soll beschleunigt mit zusätzlichen Mitteln umgesetzt werden.

*Ein erstes Gewitter*, kaum noch in Erinnerung. Schon im Haushalt 1999 gab es ein erstes Konsolidierungsprogramm. Der Kulturretat war für die Jahre 1999 bis 2001 mit insgesamt 12 Prozent seines 98er Ausgabenansatzes dabei. Zudem sollte der Bund aus einer Reihe von Förderungen aussteigen, die sich in Bayern kumuliert hatten – von Bayreuth bis Bamberg. Das konnte letztlich abgewendet werden, blieb aber ein klassischer Fehlstart. Leit- und Leidwort der ersten Phase: Nachbessern. Die Umsetzung des zwölfprozentigen Konsolidierungsbeitrags war auch nicht einfach, besonders die *Deutsche Welle* wurde von der Absenkung hart getroffen, aber auch die meisten anderen geförderten Einrichtungen mussten sparen. Trotzdem wuchs unser Haushalt – wegen des frischen Geldes für Berlin, die Neuen Länder und den Masterplan.

*Die ersten Kämpfe.* Brüssel stellte die Buchpreis-

bindung in Frage. Gemeinsam mit dem Börsenverein wurde die Abwehr organisiert. Interessanterweise wurden wir kaum vom »großen« Feuilleton unterstützt, das sich meist schon mit der ordoliberalen Hegemonie abgefunden hatte. Ähnliches gilt für die steuerrechtliche Teilwertabschreibung, deren Abschaffung viele Verlage existentiell bedroht hätte. Die Filmförderung dümpelte so vor sich hin, die alten Gräben zwischen wirtschaftlicher und kultureller Filmförderung wurden emsig gepflegt, und auch hier drohte Brüssel mit Subventionsverbot: ein »Bündnis für den Film«, das sich bereits im April 1999 erstmals traf, sollte helfen, die Reihen zu schließen und eine gemeinsame Orientierung zu verabreden. Letztlich war dies erfolgreich mit der Novellierung des Filmförderungsgesetzes im Jahre 2003.

*Erste Niederlagen.* Eigentlich sollten alle Kompetenzen des Bundes für Kultur bei dieser neuen obersten Bundesbehörde mit dem bizarren Namen *Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien beim Bundeskanzler* gebündelt werden. (Erst 2002 wurde der Einschub »Angelegenheiten der« gestrichen, immerhin.) Aber das Auswärtige? Hier sträubte sich der Außenminister höchstpersönlich – er wollte nicht weniger haben und sein als sein Amtsvorgänger. Selbst die Vertretung in Europa (Ministerrat usw.) wurde grotesk geregelt: Der Staatsminister für Kultur und Medien vertrat den (regelmäßig verhinderten) Bundesaußenminister persönlich in der Sitzung – vorbereitet und angeleitet vom Auswärtigen Amt. Auch z.B. die Bereiche »Politische Bildung« (Innenminister), »Historische Kommissionen« im Ausland (Bildungsminister), Baukultur (Bauminister) wurden nicht verlagert.

Andererseits bekamen wir die Federführung für das Thema Rückführung kriegsbedingt verbrachten Kulturguts aus Russland, die so genannte Beutekunst. Während die anderen Länder beim Auswärtigen Amt blieben und teils Erfolge (Ukraine), teils Misserfolge (Polen) hatten, erfüllten sich die anfänglich gehegten Hoffnungen nicht. Mit Ausnahme der Kirchenfenster in Frankfurt/Oder tat sich nichts, das Beutekunstgesetz in Russland verschärfte die Lage. Hier hilft nur ein langer Atem und der feste Glaube,

Dr. Knut Nevermann ist Ministerialdirektor bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und Leiter der Abteilung Kultur und Medien.



dass Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit auf Dauer auch aus Russland nicht zu verbannen sind.

*Umorganisation.* Überwiegend besteht das Amt der/des »Beauftragten« aus der früheren Kulturabteilung des Innenministers. Während das Innenministerium größtenteils nach Berlin umziehen sollte, war beschlossen worden, dass die Kultur in Bonn bleibt. (Auch Berlin-Ressorts müssen einen Teil ihrer Beamten in Bonn belassen.) Nach ausgetüftelten sozialen Kriterien wurden Bonn-Tickets verteilt – also an jene, die in Bonn bleiben wollten. Am besten man versuchte, in die Kulturabteilung zu kommen, dann war man sicher. 16 Jahre Kohl-Regierung, Bonn-Ressort, Bonn-Ticket-Regelung, Einwechselungen: Ich kam mit knapp zehn Jahren Erfahrung als Amtschef der Hamburger Kulturbehörde in dieses neu-alte Amt – und, mit Verlaub, mir grauste. Aber ich wurde eines Besseren belehrt: Die etwa 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren durch die Bank hoch qualifiziert, motiviert, wirkten ein bisschen befreit – aus der Aschenputtel-Rolle beim Innenminister. Und: Es gab keine Illoyalitäten. Weitgehender Konsens war sogar möglich, als wir 2002 in einem größeren Umfang Zuständigkeiten veränderten, dies galt selbst für die Verwerfungen, die bei Ministerwechseln unvermeidlich sind (Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin, Christina Weiss).

*Neue Konzepte.* Als Erstes wurde die Gedenkstättenpolitik formuliert. In der Konzeption vom 27.7.1999 (Bundestagsdrucksache 14/1569) wurde eine (unbefristete) Förderung der Gedenkstätten in ganz Deutschland (nicht nur in den neuen Ländern) festgelegt, sofern sie von nationaler oder internationaler Bedeutung sind, ein wissenschaftlich und gedenkstättenpädagogisch fundiertes Konzept vorliegt und sich das Sitzland mindestens hälftig beteiligt. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel wurden verdoppelt.

Als Zweites folgte das Thema »Rückgabe von Kunstgegenständen an NS-Opfer«. Deutschland hatte auf der Washingtoner Konferenz über Holocaust-Vermögen am 3. Dezember 1998 erneut seine Bereitschaft erklärt, nach weiterem Kulturgut zu suchen, das seinen Eigentümern in der NS-Zeit weggenommen wurde. Dem stimmten im Dezember 1999 die Bundesregierung, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände in einer gemeinsamen Erklärung zu. Es folgten Handreichungen und die Einsetzung einer Beratenden Kommission für Zweifelsfälle. Plötzlich tauchte die »Linzer Liste« auf und verwies auf Bestände im Finanzministerium, deren Existenz bis dahin nicht bekannt war. Die Peinlichkeit konnte intern gehalten und abgearbeitet werden. Die Koordinierungsstelle in Magdeburg sorgte und sorgt für Transparenz.

Ein weiteres Thema, die Kulturarbeit nach § 96 des Vertriebenengesetzes. Im September 2000 ver-



abschiedete das Kabinett eine Konzeption, die sich an den Zielbegriffen »Professionalisierung« und »öffentliche Verantwortung« orientierte (Bundestagsdrucksache 14/4586). Nicht die Betroffenen und ihre Organisationen, sondern die Museen und Wissenschaftseinrichtungen sollen gefördert werden. In Potsdam wurde ein *Deutsches Kulturforum für das östliche Europa* neu aufgebaut, das diese Tätigkeiten vernetzen soll. Die Umsetzung dieser Konzeption, die mit Umschichtungen, Schließungen und Kürzungen einherging, war zwar konfliktreich, erbrachte jedoch einen deutlichen Modernisierungsschub. Diese Modernisierung war zugleich die Voraussetzung dafür, mit Polen, Ungarn, der Slowakei,

»Erinnerungspolitik«, Besucher auf dem Mahnmahl für die ermordeten Juden Europas, Berlin (Foto: Olaf Gehrke)

Anzeige

### Sie suchen ...

- eine praxisorientierte Ergänzung zu Ihrem Erststudium?
- eine berufsbegleitende Weiterbildung mit Hochschulabschluss?
- eine professionelle Weiterbildung für Ihre Tätigkeit?

### Wir bieten Ihnen ...

- ein **Magister**-Aufbaustudium mit anschließender Promotionsmöglichkeit (Dr. phil.).
- ein berufsbegleitendes 4-semestriges **Master**-Aufbaustudium.
- Kontaktstudium** als berufliche Weiterbildung mit einem qualifizierten Hochschulzertifikat.

INSTITUT FÜR  
KULTUR  
MANAGEMENT

Lassen Sie sich unser umfangreiches Informationsmaterial zusenden:  
Pädagogische Hochschule Ludwigsburg - Institut für Kulturmanagement  
Postfach 220 - 71602 Ludwigsburg  
Telefon: 07141/140-411 - Telefax: 07141/140-693  
E-Mail: kulturmanagement@ph-ludwigsburg.de  
<http://www.kulturmanagement.ph-ludwigsburg.de>



»Freiheit ist denkbar«, Blick in den Neubau der Bibliothek des Deutschen Bundestages mit einem Teil der Lichtinstallation des ital. Künstlers Maurizio Nannucci, Berlin (Foto: Olaf Gehrke)

Österreich und Tschechien im Jahre 2004 ein *Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität* zu gründen, das im Jahre 2005 seine Arbeit aufnahm.

Weitere Themen mit konzeptionellen Vorarbeiten waren: Die Neuregelung der Filmförderung im Jahre 2003, die Vereinbarung einer neuen Medienordnung zwischen dem Bund und den Ländern (Jugendschutz, Datenschutz, Fusionskontrolle usw.), die grundlegende Novellierung des Gesetzes über die Deutsche Welle und die mediale Außenrepräsentation im Jahre 2004, die Stabilisierung der Künstlersozialversicherung, die Modernisierung des Stiftungsrechts und des Stiftungssteuerrechts (was zu einem Boom von Stiftungsgründungen in Deutschland geführt hat) und die ersten Teile der Reform des Urheberrechts und des Urhebervertragsrechts.

*Umzug nach Berlin.* Wir haben uns fair von Bonn getrennt, es wurde eine langfristige, allmählich auslaufende finanzielle Förderung der Kultur in Bonn vereinbart. Als wir gleich 1998 mehr Bundesgeld für Berlin forderten war das Gegenargument: Bonn brauchte Geld, weil es Kultureinrichtungen auf der Ebene europäischer Metropolen nicht hatte bzw. allein nicht finanzieren kann. Berlin wird Hauptstadt, weil es genau diese Einrichtungen in Hülle und Fülle bereits hat und nicht erst schaffen muss. Merkwürdige Argumentation. Wir konnten uns durchsetzen – folgten aber einer neuen Strategie. Der Bund hatte viel Geld nach Berlin überwiesen, vor 1989 sowieso, aber auch nach der Einheit. Uns fiel nun auf, dass die Summen, die aus Bonn kamen, mit entsprechenden Kürzungen im Berliner Kulturretat korrespondierten. Es kam also gar nicht mehr Geld in der Kulturszene an – sondern es wurden Etatlöcher gestopft. Deshalb beschloss der Bund, ausgewählte Einrichtungen ganz in seine Verantwortung zu übernehmen.

Welche Einrichtungen sollten nach welchen Kriterien ausgewählt werden? Natürlich müssen sie gesamtstaatliche Bedeutung haben, sie sollten der nationalen Repräsentation dienen und – und das ist wichtig – nicht in einem föderalen Wettbewerb ste-

hen. Die Berliner Oper beispielsweise konkurrieren mit denen in München, Stuttgart oder Hamburg – es wäre unter föderalen Aspekten grob unfair, diesen Wettbewerb zugunsten einer Berliner Oper zu verzerren. Im Übrigen: Soll der Bund wirklich eine Oper betreiben? Nein, wir wählen andere Einrichtungen aus: Die *Internationalen Filmfestspiele* (Berlinale), die *Berliner Festspiele* (mit Theatertreffen, Musikfest usw.) und das *Haus der Kulturen der Welt* – alle drei zusammengefasst in einer Trägergesellschaft (Kulturveranstaltungs-GmbH des Bundes in Berlin, KBB). Hinzukam das *Jüdische Museum Berlin*. 2004 traten hinzu: die *Akademie der Künste* und die *Deutsche Stiftung Kinemathek*. Erweitert wurde die Förderung der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* (alle Investitionen) und der *Stiftung Preußische Schlösser und Gärten*. Ermöglicht wurde der Ankauf der *Sammlung Berggruen*.

*Ein neues Instrument:* der *Hauptstadtkulturfonds*. Hier werden rund 10 Mio. Euro für Projekte bewilligt, die hauptstadtrelevant bzw. besonders innovativ sind. Nicht jede einzelne Projektförderung (zumal wenn sie misslingt) muss im gesamtstaatlichen Interesse liegen, aber für das Insgesamt der Projektlinien muss dieses Bundesinteresse anerkannt sein – vergleichbar einem Blumenbouquet, das auch einzelne mickrige Blüten verträgt. Es gibt eine Jury und eine Kuratorin, die die Arbeit des Hauptstadtkulturfonds inhaltlich bestimmen, und einen gemeinsamen Ausschuss von Berlin und dem Bund, in dem einstimmig entschieden wird. Auch hier können wir garantieren, dass jeder Euro in der Kulturszene auch wirklich ankommt.

*Eine neue Institution:* die *Kulturstiftung des Bundes*. Als Idee von Günter Grass und Willy Brandt schon Anfang der siebziger Jahre propagiert, konnte sie tatsächlich im März des Jahres 2003 ihre Arbeit aufnehmen. Begleitet wurde die Gründung von heftigen Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern über die Systematisierung der Zuständigkeiten und über eine Fusion mit der Kulturstiftung der Länder. Dazu kam es bekanntlich nicht, weil der Ministerpräsident des Freistaates Bayern ein Veto eines jeden Landes etablieren wollte, durch das dem Bund eine konkrete Förderung hätte untersagt werden können. Die Kulturstiftung des Bundes legt ihren Schwerpunkt auf die Förderung der zeitgenössischen Künste im internationalen Kontext. Dabei reagiert sie nicht nur auf Anträge, die bei ihr eingereicht werden, sondern entwickelt selber Programmlinien und Projektperspektiven, für die sie dann Künstler (von einer Jury natürlich) auswählen lässt. Das aktiv Programmatische und die Internationalität sind die besonderen Kennzeichen der Stiftung.

*Die neuen Länder:* In einem Blaubuch wurde im Jahre 2001 – in der Verantwortung des Doyens der Kulturmuseen Deutschlands, Paul Raabe – die zwan-

zig besonders herausragenden Kultureinrichtungen in den neuen Ländern beschrieben und bewertet. Auch im Vergleich zu den alten Ländern ist der kulturelle Reichtum in den östlichen Ländern immens. Deshalb muss der Bund auch in Zukunft dabei helfen, dass diese Einrichtungen in ihrer Vielfalt und Qualität erhalten werden können. In den Jahren 1999 bis 2003 hatten wir hierfür jährlich 30 Mio. Euro im Haushalt, seit 2004 leider nur noch 6 Mio. Aber der Bedarf, der Nachholbedarf in den neuen Ländern verlangt mehr. Hier muss nachgelegt werden.

*Neues Selbstverständnis:* Wie kann eine Verwaltung ihre kontrollierende und orientierende Aufgabe erfüllen und gleichwohl und explizit die Freiheit der Einrichtungen respektieren? Es gibt ja wunderbare Einrichtungen, deren Freiheit zu schützen eine schöne Aufgabe ist: von der *Bundeskunst- und Ausstellungshalle*, über das *Haus der Geschichte* und das *Deutsche Historische Museum* bis zum *Bundesarchiv* und zur *Klassik-Stiftung Weimar*. Entscheidend ist, dass die Strukturen dieser Institutionen und ihre Gremien ernst genommen werden. Es sind die Stiftungs- und Aufsichtsräte, in denen die Kontrolle in einer gewissen internen Öffentlichkeit wahrgenommen werden soll – nicht in Referenten- und Arbeitsbesprechungen, in denen die Ministerialbeamten gern mit dem Rückgriff auf das Zuwendungsrecht in alle Kleinstfragen hineinregieren. Dies ist auch eine Stilfrage, sicher. Aber eben auch eine Grundsatzfrage: mit dem Zuwendungsrecht darf die freiheitssichernde Organisationsstruktur nicht unterlaufen werden. Beides kann und wurde gelernt.

Neuer Blick nach außen: Obwohl schon alt, wirkt die *Villa Massimo* in Rom ganz neu, geradezu runderneuert: Baulich auf das Angenehmste restauriert, konzeptionell und finanziell in Absprache mit den Ländern reformiert, unter neuer Leitung geradezu blühe(r)nd. Auch das *Centro Tedesco* in Venedig wurde neu strukturiert und sollte eine größere Rolle im öffentlichen Leben spielen. Das *Berlin-Brandenburgische Institut für deutsch-französische Verständigung* in Genshagen, das die unvergessene Brigitte Sauzay seit 1996 aufgebaut hatte, wurde baulich vorbildlich saniert, bekam eine neue Struktur als Stiftung und eine Grundfinanzierung durch den Bund: es öffnet sich vor allem nach Osten, nach Polen, und knüpft mannigfaltige politische, wissenschaftliche und künstlerische Kontaktnetze. Das PEN-Zentrum wurde beauftragt, ein Programm »writers-in-exile« aufzubauen, durch das Schriftsteller, die ins Exil mussten, in Deutschland aufgefangen und betreut werden.

*Offene Baustellen:* Es wäre sinnvoll, die NS-Gedenkstätten in Berlin (*Topographie des Terrors*, *Holocaust-Mahnmal*, *Haus der Wannsee-Konferenz* und *Gedenkstätte Deutscher Widerstand*) in eine Bundesträgerschaft zu überführen. Der Gesetzent-



wurf lag schon im Kabinett. Es wäre sinnvoll das Gesetz über die *Deutsche Bibliothek* zu modernisieren und die *Deutsche Bücherei* in Leipzig und die Deutsche Bibliothek in Frankfurt unter dem Namen *Deutsche Nationalbibliothek* zusammenzufassen. Der Gesetzentwurf liegt im Bundesrat. Es wäre sinnvoll, das UNESCO-Abkommen über den Kunstraub zu ratifizieren. Der Gesetzentwurf befindet sich in der streitreichen Abstimmung innerhalb der Bundesregierung. Es wäre sinnvoll, den Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur neu zu strukturieren und zu einem Geschichtsverbund auszubauen. Eine Kommission hierzu wird Anfang 2006 einen Bericht

»Beitrag zum Schiller-Jahr«, Berlin (Foto: Olaf Gehrke)

Anzeige

## Edition Umbruch – Texte zur Kulturpolitik



### Band 18: inter.kultur.politik

#### Kulturpolitik in der multiethnischen Gesellschaft

Bonn/Essen: Kulturpolitische Gesellschaft/Klartext Verlag, ISBN 3-89861-366-6, 214 S., 14 €

Migration wird immer noch vorwiegend als Problem gesehen, das die deutsche Gesellschaft von außen betrifft oder bedroht, ohne dass die darin liegenden Chancen und Potenziale zur Kenntnis genommen werden. Integration wird nicht als kulturelle Herausforderung thematisiert; vielmehr wird

Integrationspolitik in erster Linie als arbeits- und sozialpolitische Steuerung von Zuwanderung begriffen. Dabei leistet Kulturarbeit bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Kommunikation und Verständigung zwischen den Menschen, die einen unterschiedlichen kulturellen Hintergrund haben.

Der zweite Kulturpolitische Bundeskongress der Kulturpolitischen Gesellschaft in Berlin, dessen zentralen Ergebnisse in diesem Buch dokumentiert werden, diskutierte neue Weltansichten und Formen multiethnischer Praxis mit dem Ziel, interkulturelle Kulturpolitik auch in Deutschland verstärkt als öffentliche Aufgabe zu formulieren. Letztlich geht es um eine konzeptionelle Neuorientierung der innerstaatlichen und auswärtigen Kulturpolitik, die sich der interkulturellen Herausforderung stellen muss, will sie sich weiterhin als Gesellschaftspolitik verstehen.

**Kulturpolitische Gesellschaft eV.** • Weberstr. 59a • 53113 Bonn  
T 0228-201 67-0 • F 201 67-33 • post@kupoge.de • www.kupoge.de

## Ausgaben der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien 2000 - 2005 in T €

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>1. Kulturstiftungen</b> (davon jeweils)	<b>185.632</b>	<b>201.201</b>	<b>219.865</b>	<b>229.007</b>	<b>240.588</b>	<b>252.087</b>
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	150.638	155.751	161.784	163.488	165.828	171.579
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg;Potsdam	13.294	13.294	13.294	7.898	11.481	12.894
Kulturstiftung des Bundes			12.782	25.565	40.698	39.119
Kulturstiftung der Länder	7.669	8.181	8.692	8.692		
Stiftung Weimarer Klassik	7.536	5.401	7.537	7.537	7.537	11.251
<b>2. Museen</b>	<b>66.912</b>	<b>64.491</b>	<b>70.832</b>	<b>61.253</b>	<b>62.771</b>	<b>66.446</b>
Deutsches Historisches Museum	13.617	14.659	23.964	14.743	15.623	17.055
Kunst u. Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland	14.271	13.966	13.966	14.296	15.000	16.835
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	18.510	16.821	16.721	17.551	17.781	18.730
<b>3. Die Deutsche Bibliothek, Leipzig/Frankfurt am Main</b>	<b>34.540</b>	<b>34.010</b>	<b>34.905</b>	<b>34.956</b>	<b>35.136</b>	<b>36.630</b>
<b>4. Archive</b>	<b>45.324</b>	<b>43.623</b>	<b>45.325</b>	<b>46.960</b>	<b>43.988</b>	<b>46.227</b>
Stiftung Bach Archiv, Leipzig		486	486	486	486	475
Archiv Akademie der Künste		2.096	2.096	2.200		
Bundesarchiv		41.041	42.743	44.084	43.312	45.568
<b>5. Festspiele</b>	<b>4.282</b>	<b>447</b>	<b>447</b>	<b>597</b>	<b>447</b>	<b>579</b>
Berliner Festspiele	3.835					
Ruhrfestspiele	317	317	317	317	317	307
Bad Hersfeld	130	130	130	130	130	126
Schillertage Mannheim				150		
<b>6. Denkmalpflege, Sicherung von Kulturgut</b>	<b>26.627</b>	<b>26.927</b>	<b>26.213</b>	<b>24.013</b>	<b>20.092</b>	<b>17.778</b>
<b>7. Förderung kultureller Maßnahmen gem. § 96 BVFG (z.B. BOKG)</b>	<b>19.702</b>	<b>16.642</b>	<b>17.246</b>	<b>15.352</b>	<b>15.115</b>	<b>13.287</b>
Herder Institut, Marburg		1.586	1.586	1.636	1.636	1.587
Adalbert Stifter Verein e.V. München		390	479	479	479	465
Stiftung Ostdeutsche Galerie, Regensburg		571	571	571	571	554
Südostdeutsches Kulturwerk e.V. München		584	584			
Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V., Potsdam				1.235	1.235	1.198
Pommersches Landesmuseum Greifswald		2.480	2.025	2.026	1.144	484
Schlesisches Museum zu Görlitz		1.528	1.511	1.498	2.275	1.645
Stiftung Martin Opitz Bibliothek, Herne		228		537	537	521
Donauschäbisches Zentralmuseum, Ulm		307	396	667	667	647
Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der im östlichen Europa, Oldenburg		793	783	881	882	763
<b>8. Internationale kulturelle Aufgaben im Inland</b>	<b>2.788</b>	<b>1.923</b>	<b>1.317</b>	<b>3.543</b>	<b>2.283</b>	<b>2.304</b>
(u.a.Internationale Musikfestspiele in Dresden und Internationales Denkmalkomitee ICOMOS)		926	508	499	422	464
<b>9. Förderung von Künstlern</b>	<b>3.193</b>	<b>2.429</b>	<b>2.977</b>	<b>2.410</b>	<b>2.023</b>	<b>2.098</b>
Villa Massimo Rom	2.748	683	683	1002	1.255	1.340
Studienzentrum Venedig	335	401	401	401	421	401
Villa Romana e.V. Florenz	110	118	118	168	118	126
<b>10. Musik</b>	<b>19.659</b>	<b>17.674</b>	<b>19.062</b>	<b>19.596</b>	<b>18.839</b>	<b>17.105</b>
Bayreuther Festspiele	1.648	1.648	1.648	1.714	1.682	1.656
Philharmonia Hungarica	3.314					
Bamberger Symphoniker	3.249	3.179	3.179	3.179		
Rundfunk-Orchester und Chöre	10.139	9.510	10.226	10.576	10.109	10.103
<b>11. Film</b>	<b>14.214</b>	<b>15.390</b>	<b>16.207</b>	<b>16.156</b>	<b>22.362</b>	<b>24.240</b>
Filmförderung					15.587	17.535
Kinemathekverbund		9.715	10.737	10.737		
Stiftung Deutsche Kinemathek		1.329	1.329	1.329	6.570	6.506
Deutsche Kinemathek		767	51			
<b>12. Sprache und Literatur</b>	<b>6.582</b>	<b>6.439</b>	<b>7.135</b>	<b>8.098</b>	<b>7.774</b>	<b>8.861</b>
Deutscher Übersetzerfonds		102	102	200	200	
Deutsche Schillergesellschaft		2.992	3.167	4.582	3.139	3.414
Writers in Exile		205	281	282	282	298
Freies Deutsches Hochstift		462	462	462	486	471
<b>13. Bildende Kunst</b>	<b>435</b>	<b>409</b>	<b>435</b>	<b>460</b>	<b>460</b>	<b>446</b>
(u.a. Erwerb zeitgenössischer Kunst)						

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
<b>14. Förderung von Kunst und Kultur in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn</b>	<b>86.920</b>	<b>110.388</b>	<b>111.512</b>	<b>100.493</b>	<b>113.680</b>	<b>108.362</b>
Hauptstadt Kulturfonds			12.015	12.015	12.015	11.655
Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH				21.261	21.261	20.383
Berliner Festspiele GmbH		12.643	15.199			
Haus der Kulturen der Welt		3.375	5.932			
Martin Gropius Bau		1.534	1.534	1.534	1.534	1.488
Jüdisches Museum		12.271	12.371	12.371	11.388	11.015
Bonn-Vereinbarung		30.673	26.588	15.339	10.226	5.113
<b>15. Geschichtsbewußtsein</b>	<b>33.553</b>	<b>37.818</b>	<b>46.357</b>	<b>46.421</b>	<b>38.187</b>	<b>50.181</b>
Stiftung Aufarbeitung SED Unrecht						2.945
Gedenkstätte Buchenwald	2.725	2.674	2.366	3.029	2.979	3.077
Topographie des Terrors	780	780	780	824	824	2.460
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätte	2.582	2.582	4.582	5.115	4.223	5.150
Gedenkstättenkonzepts	5.113	7.669	7.669	8.458	7.150	10.040
Baumaßnahme Stütung Denkmal für die ermordeten Juden Europas		3.579	10.226	8.692	3.384	5.112
60. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager/Kriegsende						1.485
<b>16. Medien</b>	<b>306.678</b>	<b>314.707</b>	<b>301.871</b>	<b>284.628</b>	<b>301.738</b>	<b>280.428</b>
Deutsche Welle	580.406	288.116	284.429	274.841	281.761	270.830
Schürmannbau		22.218	7.956	156	5.113	5.113
<b>17. Sonstige Kulturförderungsmaßnahmen</b>	<b>34.264</b>	<b>34.397</b>	<b>33.747</b>	<b>25.924</b>	<b>9.561</b>	<b>12.619</b>
Programm Kultur in den neuen Ländern	30.678	30.678	30.678	23.000	6.136	9.952
<b>18. Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR</b>						<b>101.743</b>
<b>Gesamtsumme</b>	<b>891.303</b>	<b>928.916</b>	<b>955.453</b>	<b>928.061</b>	<b>948.449</b>	<b>1.041.421</b>

vorlegen. Es wäre sinnvoll, den öffentlichrechtlichen Rundfunk gemeinsam mit den Ländern vor falschen Anschuldigungen in Schutz zu nehmen, für berechtigte Kritik (Transparenz, Schleichwerbung etc.) aber zu öffnen und auf Veränderungen zu drängen. Es wäre sinnvoll, das Loch im Zentrum der Hauptstadt mit dem Humboldtforum publikumsorientiert zu schließen und auf dem Schlossareal ein Zeichen des Optimismus zu setzen – sei es als Schlossfassaden-Rekonstruktion, sei es als moderner architektonischer Entwurf. Es geht um eine Milliarde Euro in vier Jahren, also 0,1 Prozent der Jahresetats des Bundes (und würde Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft schaffen...). Es wäre sinnvoll, nach dem rechten Maß größerer Kultureinrichtungen zu fragen: Ist die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* mit ihren Museen und Bibliotheken nicht zu groß? Wäre die Kulturveranstaltungs-GmbH (KBB) schlagkräftiger, wenn man sie teilte? Braucht die *Akademie der Künste* auf Dauer zwei Orte? Sind Museen in der Blauen Liste, die nur Wissenschaft fördert, wirklich sinnvoll? Sollte die Systematisierungs- und Entflechtungsdebatte nicht wieder aufgegriffen und derart zu einem Schluss gebracht werden, dass nur der finanziert, der auch wirklich mitbestimmt – und umgekehrt?

Es bleibt also viel zu tun. Der Chef der obersten Bundesbehörde (Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien) sollte ein Bundesminister im Kanzleramt sein, seine Zuständigkeiten (Europa, Auswärtiges, Politische Bildung usw.) erweitert werden. Bitte: Keine Beteiligung an Sparrunden, keine

Definition von Subventionen, von der alle Kultur Ausgaben erfasst werden (wie bei den Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück geschehen), ein neuer Etat für die Neuen Länder und für die Weltkulturerbestätten.

Und: weiterhin viel Kraft für kulturpolitische Debatten in Deutschland. Hier liegt nach meiner Überzeugung ein besonders zukunftsreiches Betätigungsfeld. Warum ist Kulturpolitik wichtig? Weil wir Kunst und Kreativität ermöglichen wollen! Warum kommen die Themen »Kunst« und »Künstler« in Kulturdebatten so selten vor, warum dominieren finanzielle, institutionelle und rechtliche Fragen? Weil auch Kulturpolitik selbstreferenziell geworden ist, die Politiker reden mit Politikern und über sie, die Journalisten schreiben für ihre Kollegen und über sie (oder weil sie selber ihre Rolle verlassen und die Welt mitgestalten wollen). Deshalb ist es auch wichtig, noch einmal daran zu erinnern, dass Gerhard Schröder 1998 keinen (noch so qualifizierten) Laufbahn-Politiker zum Staatsminister für Kultur und Medien machen wollte – sondern jemanden aus der Kulturszene selbst (zunächst einen Verleger, dann einen Philosophen und dann eine Kunstfachfrau mit reichen politischen Erfahrungen): Es sollte ein neues Amt sein, mit einem neuen Typus von Politiker, mit einer anderen Sprache, anderen Assoziationen hintergründen, anderen Orientierungen und Erfahrungen. Mit größerer Nähe zu den Künstlern, zu den Künsten und zur Kreativität. Auch hierin liegt ein Grund für den unbestrittenen Erfolg des neuen Amtes.